

Ab heute kann die DpL Unterschriften sammeln

Rentner sollen entlastet werden, indem sie von der Krankenkassen-Franchise befreit werden. Bis 29. April müssen 1000 Unterschriften her.

Die letzte Woche hat der Landtag die Verfassungsmässigkeit der Volksinitiative festgestellt. Doch es war nicht das erste Mal, dass sich das Parlament mit der Idee der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) auseinandergesetzt hat. Im September 2021 hat es die Oppositionspartei mit einer parlamentarischen Initiative mit dem identischen Ziel versucht: Die Befreiung der Krankenkassen-Franchise von 500 Franken für alle Rentner.

Die DpL begründet diese notwendige Entlastung damit, dass die AHV-Renten seit 2010 nicht mehr erhöht worden sind. «Mit dieser Initiative werden zwar die Renten nicht erhöht, aber die Lebenshaltungskosten für Pensionisten gesenkt», so die Initianten. Den Staat würde diese Unterstützung gemäss

Berechnungen der DpL jährlich 3,5 Millionen Franken kosten. Im Landtag konnten zehn Abgeordnete von diesem Ansatz überzeugt werden.

DpL hat Probleme mit einer AHV-Erhöhung

In der Landtagsdiskussion im September 2021 führte Gesellschaftsminister Manuel Frick aus, dass ein solcher Vorstoss nach dem Giesskannenprinzip nicht zielführend sei. Und auch mehrere Abgeordnete störte, dass alle Rentner von dieser Entlastung profitieren würden. «Alter ist nicht mit Bedürftigkeit gleichzusetzen», sagte damals etwa der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend.

Der DpL-Präsident hielt dagegen: «Unsere Intention ist es ja, alle Rentner zu entlasten.



Im Landtag waren die DpL-Abgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch nicht erfolgreich. Bild: Daniel Schwendener (1.9.2021)

Mit dem gleichen Argument könnte man auch alle AHV-Erhöhungen totreden. Denn auch dort profitieren alle Rentner.»

Und mit einer AHV-Erhöhung hat die DpL Probleme. «Damit würde auch ein Haufen Geld ins Ausland exportiert», so Rehak. Der «Rentenexport» ist quasi ein Gründungsthema der Oppositionspartei. Nur in Liechtenstein wohnhafte Senioren sollten ihrer Meinung nach unterstützt werden, nicht aber Rentenberechtigte im Ausland.

Nun kann die DpL eine Unterschriftensammlung starten. Von heute 18. März bis 29. April

haben sie Zeit, um 1000 Befürworter ihrer Idee zu finden. Und DpL-Präsident Thomas Rehak ist optimistisch, dass dies gelingen wird. Es hätten sich viele Rentner bei der Partei gemeldet, welche das Vorhaben unterstützen würden.

Per 31. Dezember 2020 waren über 5100 liechtensteinische Staatsbürger 65 Jahre alt oder älter. Insofern dürfte die Marke von 1000 Unterschriften einfach zu schaffen sein. Für die Volksabstimmung müssten aber auch die jüngeren Altersgruppen überzeugt werden.

Patrik Schädler

Kommentar

Äpfel mit Birnen ausgleichen

Die DpL-Initiative klingt für Rentner verlockend und ist trotzdem falsch. Wenn die Politik eine Rentenerhöhung für angebracht sieht, dann soll sie dies am richtigen Ort vornehmen – bei der AHV. Alles andere ist Augenwischerei. Dass es dafür entweder höhere Beiträge der Arbeitnehmer und -geber oder ein höheres Rentenalter braucht, ist dem Landtag so bekannt wie unangenehm.

Dass eine AHV-Erhöhung auch ehemaligen Grenzgängern zugutekommt, ist absolut richtig. Der Versuch der DpL, nur Rentner in Liechtenstein zu beglücken, ist nämlich populistisch und nationalistisch. Denn es waren und sind eben auch die ausländischen Arbeitnehmer, welche zu unserem Wohlstand beitragen. Zudem haben sie die gleichen Beiträge in unsere AHV eingezahlt wie die Arbeiter aus Liechtenstein. Deshalb wäre es an der Zeit, diese «Rentenexport»-Stammtischdiskussion zu beenden. Der typische, vollzeitbeschäftigte Grenzgän-

ger ist kein «schlechtes Risiko» für die AHV.

Die DpL-Initiative will – weil es über die AHV-Rente eben unangenehm werden kann – die Rentner von der Krankenkassen-Franchise befreien. Dies, obwohl es hier bereits das sehr grosszügig ausgestaltete Instrument der Prämienverbiligung gibt. Diese hilft dort, wo es wirklich nötig ist, und sogar noch etwas darüber hinaus. Die Franchise von 500 Franken wurde eingeführt, damit wir nicht wegen jedes Zipperleins zum Arzt rennen. Mit der Initiative würde dieses Ziel ad absurdum geführt. Will die Politik die Belastung der Prämien senken, sollte dies für alle geschehen und am richtigen Ort. Alles andere ist der Versuch, Äpfel mit Birnen auszugleichen.



Patrik Schädler

Aktuelle Abstimmung	
25	10 15
VU	FBP
<ul style="list-style-type: none">✓ Markus Götzli✓ Manfred Kaufmann✗ Hubert Büchel✗ Dagmar Bühler-Nigisch✗ Walter Frick✗ Norma Heidegger✗ Dietmar Lampert✗ Gunilla Mäner-Kranz✗ Thomas Vogt✗ Mario Wohlwend	<ul style="list-style-type: none">✓ Albert Frick✓ Johannes Kaiser✓ Wendelin Lampert✗ Franziska Hoop✗ Daniel Cehry✗ Bettina Petzold-Mähr✗ Sascha Cuaderer✗ Sebastian Schädler✗ Daniel Seger✗ Karin Zech-Hoop
PRELIS	DpL
<ul style="list-style-type: none">✓ Sandra Fausch✓ Manuela Haldner-Sch.✓ Georg Kaufmann	<ul style="list-style-type: none">✓ Herbert Elkuch✓ Thomas Rehak
Traktandum 9	
Vorprüfung der Parlamentarischen Initiative zur Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben der Abgeordneten Herbert Elkuch und Thomas Rehak vom 10. Mai 2021 (Nr. 53/2021)	
Bisherige Beschlüsse finden Sie unter landtag.li/beschluesse	
Frick Albert Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) Landtagspräsident	

Im Landtag fiel der Vorstoss am 2.9.2021 mit 15:10 Stimmen durch.